

ges eingestellt wird. Als einziges positives Beispiel für eine Zollunion in der Nachkriegszeit setzt sich der Autor detailliert mit der von 1946—1951 bestehenden syrisch-libanesischen Zollunion auseinander. Schließlich führt ein Mangel an Zusammenarbeit und Koordination zum Abbruch der Zollunion. Allgemein zeichnet sich die Zeit nach dem Krieg durch eine starke wirtschaftliche Desintegration und eine bewußt nationalstaatliche Handelspolitik aus. Alle unternommenen Versuche, eine Freihandelszone zwischen einzelnen arabischen Ländern zu errichten, scheitern nach kurzer Zeit.

Auch die verstärkten Bemühungen im Rahmen der arabischen Liga, die 1964 zum Abschluß des „Economic Unity Agreement“ führten, haben keinen nachhaltigen Erfolg gezeigt. Eine Reihe von Staaten haben das Abkommen nicht ratifiziert, die anderen ersuchen um Ausnahmen von den Liberalisierungsbestimmungen. Auch lastet der Krieg gegen Israel schwer auf den Wirtschaften der beteiligten arabischen Länder.

In dem abschließenden Kapitel seiner Untersuchung analysiert der Verfasser eingehend die Hindernisse und Möglichkeiten, die sich heute für eine arabisches wirtschaftliche Integration stellen. Die unterschiedlichen Wirtschaftssysteme, die verschiedenen industriellen Entwicklungsstufen, der notorische Devisenmangel und die Bedeutung der hohen Zolleinnahmen für die einzelnen Staaten sind wesentliche Hindernisse auf dem Wege zur wirtschaftlichen Integration. Als positive Gesichtspunkte für die Errichtung eines gemeinsamen Marktes werden vor allem die besseren wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten im Rahmen eines erweiterten Binnenmarktes angeführt. Auch ist die nach außen notwendige Protektion im Rahmen einer Wirtschaftseinheit effizienter durchzuführen als auf einzelstaatlicher Basis. Schließlich könnten im Rahmen einer koordinierten regionalen Entwicklungsplanung die aus der Erdölförderung erzielten Einnahmen für eine effiziente wirtschaftliche Entwicklung eingesetzt werden.

Der Autor kommt zum Abschluß seiner Studie zu einem negativen Ergebnis, indem er aufzeigt, daß die integrierenden Faktoren nicht stark genug sind, um die einzelstaatlichen Wirtschaftsinteressen zu überspielen und die einzelnen Länder zu einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu bewegen.

Im Anhang an die Studie findet sich eine ausführliche Dokumentation in der neben statistischen Übersichten auch die verschiedenen Vertragstexte und Resolutionen der Arabischen Liga zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit enthalten sind.

Die sorgfältig dokumentierte Arbeit gibt einen guten Überblick über die vielfältigen Bemühungen zur wirtschaftlichen Einigung in den Jahren bis 1967.

Gunter Mulack

NEVILLE MAXWELL

India's China War

Jonathan Cape, London 1970, 475 S., 5 £

Da bislang sowohl im Westen als auch in manchen Ostblockländern einschließlich der Sowjetunion die Meinung herrscht, daß das „angriffslustige“ China das „friedliche“ Indien 1962 bei dem Grenzkonflikt auf dem Himalaya überfallen habe, scheint das neue Buch von Maxwell „India's China War“ gewiß eine Überraschung für die Weltöffentlichkeit zu sein. Allerdings gilt der Verfasser nicht etwa als Typ eines „Maoisten“ oder „China-Verehrer“. Im Gegenteil soll er als ehemaliger Südasien-Korrespondent der konservativen englischen Zeitung „The Times“ in Neu-Delhi (1959—1967) eher ein Freund Indiens sein; jedenfalls hat er eigentlich keine Antipathie gegen Indien. Sein freundschaftlicher Verkehr mit indischen Prominenten war so eng, daß er in seinem Buch sogar einige Geheimdokumente der indischen Seite verwenden konnte. Nur aus Gewissensgründen (vgl. S. 12 f.) will er die Wahrheit des blutigen Konflikts zwischen Indien und China auf

dem Dach der Welt ans Licht bringen. Seine Schlußfolgerung: Nicht nur war die Argumentation Neu-Delhis bei den Grenzauseinandersetzungen schwach; es hat auch den Krieg provoziert.

Mit einem historisch eingehenden Überblick stellt der Verfasser in der Einführung seines Buches dar, daß es den Engländern während der Kolonialzeit nicht gelungen sei, eine endgültige Grenzziehung zwischen Britisch-Indien und China zu erreichen. Die in der Simla-Konvention von 1914 bestimmte „Mac-Mahon-Linie“ wurde nicht nur von China nicht unterzeichnet, sondern auch von den Tibetern praktisch nicht geachtet (S. 59). Die darauf von Indien im Westgrenzsektor (Aksai-Chin) behauptete Grenze (bekannt als „Johnson/Ardagh-Linie“) wurde damals selbst von London nicht offiziell akzeptiert (S. 32 f.). Außerdem haben die Engländer aufgrund der geographischen Schwierigkeiten bis zum Ende ihrer Kolonialherrschaft in Indien die von ihnen einseitig dargestellte Grenze im Ost- wie im Westgrenzsektor kaum realisieren können. Die tibetische Verwaltung dehnte sich weit südlich der McMahon-Linie aus (S. 56 ff.), und Aksai-Chin blieb immer ein menschenleeres Gebiet (S. 36).

Weiter weist der Verfasser darauf hin, daß die Engländer die indisch-chinesische Grenze auch kartographisch niemals offiziell als festgelegt bezeichnet haben. Sieben Jahre nach der Unabhängigkeit Indiens wurde in indischen offiziellen Landkarten die „McMahon-Linie“ immer noch als „undemarkiert“ und die Grenze von Aksai-Chin als „undefiniert“ angegeben. Erst seit 1954 verwendet die indische Regierung sie ohne weiteres als festgelegte Grenze (S. 83 ff.) und erhebt ferner — davon ausgehend — Einspruch gegen die Grenzdarstellung chinesischer Landkarten (S. 93). Noch ironischer erzählt der Verfasser darüber hinaus, daß Nehru in seinem Buch „Discovery of India“ (Entdeckung Indiens) 1946 die McMahon-Linie überhaupt nicht begriffen habe: Nach der Karte im Anhang des Buches verläuft die Grenze im Ostsektor

— der chinesischen Version entsprechend — unter dem Fuß des Himalaya-Gebirges. Sogar in der neuen Gandhi-Biographie von Robert Payne von 1969 wird sie noch ebenso dargestellt (S. 56). Inkonsequent zeigt sich die indische Argumentation außerdem noch in folgenden Punkten: Hinsichtlich der Legitimität der McMahon-Linie beruft sie sich auf die Simla-Konvention von 1914; doch — abgesehen von der Tatsache, daß China diese Konvention nicht unterschrieben hat — übersieht die indische Regierung dabei, daß das umstrittene Gebiet im Westgrenzsektor, Aksai-Chin, nach derselben Karte der Simla-Konvention nicht zu Indien, sondern zu China gehören sollte (S. 35, 53). Noch erstaunlicher ist es, daß die indische Regierung in den Auseinandersetzungen mit China für die Grenze im Westsektor auf einer 1899 festgelegten Linie beharrt, die wesentlich im Widerspruch zum eigentlichen Anspruch Indiens steht. Tatsächlich hat die britische Regierung China im Jahre 1899 in einer diplomatischen Note eine Grenze vorgeschlagen, die den größeren Teil Aksai-Chins China und nur den kleineren Teil im Südwesten Britisch-Indien zuteilt (vgl. S. 31, 33 ff., 88 und 128).

Dabei hat das Grenzproblem im ganzen keineswegs von Anfang an einen unlösbaren Knoten gebildet. Indien hat geschwiegen, als chinesische Truppen 1950 von Sinkiang durch Aksai-Chin nach Tibet marschierten (die indische Regierung war nach einer Meldung der Zeitung „Statesman“ vom 17. November 1950 darüber informiert), und bis 1957 konnten die Chinesen dort auch ohne Störung die Bauarbeiten für eine Autostraße durchführen (S. 87 ff.). Andererseits hat Peking es geduldet, als 1951 die Inder sämtliche tibetischen Beamten aus dem Gebiet von Tawang südlich der McMahon-Linie vertrieben (S. 73). Überdies hat Chou En-lai gegenüber Nehru mehrmals angedeutet, daß China trotz seiner Ablehnung der Simla-Konvention die McMahon-Linie als Realität für eine Grenzregulierung akzeptieren könne (S. 93, 99). Auch Nehrus Standpunkt zur Grenze in Ak-

sai-Chin war nicht kompromißlos, denn im August 1959 betonte er im Lok Saba (indisches Unterhaus) immer noch, daß niemand die Grenze im Westsektor markiert habe (S. 117). Dennoch hat Nehru seit September 1959 das Grenzproblem dramatisiert. Im Lok Sabha betrachtete er es nicht mehr als einen Streit um ein paar Meilen, sondern meinte, der Ruf der Nation stehe auf dem Spiel (S. 120 f.). Diese Kursänderung sieht der Verfasser im Zusammenhang mit zwei Vorgängen: dem ersten Zwischenfall an der McMahon-Linie am 25. August 1959 in Longju und Chou En-lais Antwort vom 8. September 1959 an Nehru, die durch die scharfe Zurückweisung der Argumentation Nehrus — insbesondere der Behauptung einer Rechtmäßigkeit der McMahon-Linie — die indischen Befürchtungen und die Entrüstung gegenüber China genährt haben soll (S. 122). Allerdings geht der Zwischenfall von Lonju, wie der Verfasser feststellt, ebenso wie die zahlreichen Zusammenstöße der Grenztruppen beider Seiten, die sich schon früher im mittleren und westlichen Grenzsektor ereignet hatten, auf die indische Taktik des sich allmählich Vorschiebens zurück (S. 86, 108 f. und 122). Außerdem hat Chou En-lai in demselben Brief nicht vergessen, die Bereitschaft Chinas zu friedlichen Verhandlungen über die Grenzfrage mit Rücksicht auf die „geschichtlichen Hintergründe“ sowie die „bestehende Aktualität“ zu betonen (S. 123). Natürlich wollte Chou dabei vor einer Verhandlung und ohne Gegenleistung Indiens keine schriftliche Konzession auf den Tisch legen. Da aber an der praktischen Respektierung der McMahon-Linie durch China nichts geändert wurde — während des offenen Konflikts haben die Chinesen zwar die McMahon-Linie überschritten, doch zogen sie sich nach dem von ihnen einseitig erklärten Waffenstillstand sofort wieder zurück, — ist Nehrus Befürchtung vor Chinas Absichten im Ostgrenzsektor wahrscheinlich eher ein Vorwand als ein „misreading“ (Lesemißverständnis), wie es der Verfasser mutmaßt (S. 124). Als

Anlaß zur Verschärfung der Grenzpolitik Nehrus gegenüber China diente anscheinend in erster Linie der Aufstand in Tibet im Jahre 1959, den der Verfasser allerdings nicht im direkten Zusammenhang darstellt. Ob sich die chinesische Behauptung rechtfertigen läßt, daß Indien den Dalai Lama zum Widerstand gegen Peking aufgereizt habe, ist obenbar noch eine historische Frage, sicher ist es aber, daß die Unruhe in Tibet Neu-Delhi den Mut gegeben hat, den Versuch zu einer Durchsetzung seiner eigenen Grenzauffassung zu unternehmen. Dazu wurde Nehru auch von der indischen Öffentlichkeit gezwungen, eine starke Politik gegen China zu betreiben (S. 80, 131, 133 ff.).

Um Grenzzwischenfälle zu vermeiden, schlug Chou En-lai am 7. 11. 1959 Nehru in einem Brief vor, beide Seiten sollten ihre Truppen 20 km von der de-facto-Grenze im Ost- und Westsektor zurückziehen. Doch in seiner Antwort vom 16. November wollte Nehru nichts von einem Abzug im Ostsektor hören, denn dort verlief der Status quo — der McMahon-Linie entsprechend — zugunsten Indiens. Im Westsektor machte er den Gegenvorschlag, beide Seiten sollten sich 20 km hinter die von der Gegenseite behauptete Grenze zurückziehen; d. h. die Inder brauchten sich nur 20 km zurückzuziehen, während die Chinesen das gesamte Gebiet von Aksai-Chin (33 000 qm) einschließlich der Autostraße Sinkiang-Tibet hätten räumen müssen (S. 135, 138). Auch zu Grenzverhandlungen oder Grenzgesprächen war Nehru auf dieser Basis bereit (S. 250). Die indische Öffentlichkeit im allgemeinen lehnte überhaupt jede friedliche Lösung der Grenzfrage mit China ab (vgl. S. 131, 133, 151 f., 176 und 241). Ein anonymes prominentes indisches Regierungsmitglied, das an einer Diskussion mit Nehru, dessen Generalsekretär und Innenminister Pant über den chinesischen „barter“-Vorschlag (gegenseitige Konzessionen im Ost- und Westgrenzsektor) teilgenommen hatte, erzählte dem Verfasser, daß Nehru zum Schluß der Diskussion dazu bemerkt habe, er

wolle auf diesen Vorschlag nicht eingehen, da er bei einer Konzession an China nicht länger Ministerpräsident Indiens sein könne („If I give them that I shall no longer be Prime Minister of India — I will not do it“) (S. 161).

Statt sich um eine Verständigung mit China zu bemühen, unternahm Nehru seit Anfang 1960 eine Vorwärtspolitik (Forward Policy), die darin bestand, die Grenze durch Truppenbesetzung Schritt für Schritt nach vorne zu verschieben und damit die indische Grenzauffassung zu verwirklichen. General B. Kaul, ehemaliger Generalstabschef und Urheber der Vorwärtspolitik, überzeugte Nehru, daß Peking eine militärische Begegnung mit Indien nicht wagen würde, da China wie Pakistan eigene Probleme habe (S. 174, 199). Während China 1960 durch den Grenzvertrag mit Birma, in dem Peking einen Abschnitt der McMahon-Linie akzeptierte, seine Konzessionsbereitschaft gegenüber Indien noch konkreter zeigte (vgl. S. 100, 161, 210 ff., 267), wollte Nehru den Chinesen durch die Eroberung von Goa die indische Macht demonstrieren (S. 227, 229 f.). Der Verfasser weiß noch zu berichten, daß kurz vor der Beendigung der Unternehmung in Goa die indische Regierung am 2. November 1961 zu einem neuen Entschluß hinsichtlich einer Intensivierung der „Vorwärtspolitik“ an der Grenze mit China kam (S. 221 ff.), und der leichte Erfolg gegen Portugal in Goa verstärkte Nehrus Zuversicht gegenüber China noch (S. 230 f.)

Dennoch überschätzte Nehru das indische Militärpotential und unterschätzte leichtfertig das chinesische. Mit schlechter Ausrüstung, mangelhaftem Nachschub und unter schwierigen geographischen Verhältnissen in den hohen Gebirgsgebieten konnte die indische Armee die „Vorwärtspolitik“ der Regierung nur langsam und unter Klagen ausführen (S. 202 ff., 218, 254 f., 292 ff. und 302 ff.). Während sie bis Sommer 1962 im Westsektor ohne ernsthaften Widerstand der Gegner einige Vorwärtsposten im Rücken der Chinesen errichtet hatte, gab Nehru ihr den Befehl, im

Ostsektor noch über die eigentliche McMahon-Linie hinaus bis zur Wasserscheide das Thag-La-Kamms (3—4 Meilen nördlich der McMahon-Linie) zu marschieren (S. 295 ff.). — In den Auseinandersetzungen um die Grenze beharrte Indien zwar im Ostsektor auf dem Wasserscheide-Prinzip, lehnte jedoch im Westsektor die chinesische Anwendung des gleichen Prinzips auf den Karakorum-Kamm ab (S. 167).

Der indische Angriff auf den Thag-La-Kamm (als „Operation Leghorn“ bezeichnet) stieß schließlich am 20. Oktober 1962 auf eine Gegenoffensive der Chinesen. Der Verfasser hält zwar die chinesische Reaktion für berechtigt, will aber der Erklärung des chinesischen Verteidigungsministeriums vom 20. Oktober 1962, daß die indische Initiative eine „massive“ Aktion gewesen sei, nicht akzeptieren (S. 371 f.). Als die indischen Truppen ihre Stellungen an allen Fronten kaum halten konnten und die Flucht suchten, vermutete man, daß die Chinesen versuchen würden, das indische Ölgebiet in Assam zu besetzen. Doch stellte Peking die Offensive an der traditionellen Grenze chinesischer Version ein und zog nach dem chinesischen einseitigen Waffenstillstand die Truppen gleich 20 km hinter die dem status quo ante entsprechende Front zurück. Ferner forderte es Neu-Delhi auf, doch zu verhandeln. Nehru jedoch verknüpfte seine Verhandlungsbereitschaft wiederum mit der Vorbedingung einer chinesischen Rückgabe der Gebiete des indischen „Erfolges“ bei der Vorwärtspolitik, d. h. die Wiederherstellung der 1959—1962 von indischen Truppen errichteten Stellungen hinter der chinesischen Front im Westsektor sowie nördlich der McMahon-Linie im Ostsektor (S. 430 f.).

Der Verfasser widerspricht nachdrücklich der im Westen verbreiteten Behauptung, daß China darauf abgezielt habe, seine Führungsansprüche in Asien durch Niederdrückung Indiens geltend zu machen oder Indiens Wirtschaftsaufbau mit einem Aufrüstungszwang zu bremsen. Peking selbst hat — im Gegensatz zu Nehru — von seiner Ideologie her nie-

mals einen Führungsanspruch in Asien erhoben. Wirtschaftlich sind die chinesischen Kommunisten von ihrem Weg überzeugt, und außerdem war Indien eher als China vor dem Konflikt im Übermut befangen (S. 348). Die Tatsachen zeigen auch, daß die Aufrüstung Indiens schon wegen der ständigen Konfrontation mit Pakistan längst ein notwendiges Übel war. Indiens Mißerfolg beim Wirtschaftsaufbau trotz vermehrter Entwicklungshilfe aus West und Ost in den letzten Jahren muß noch auf andere politische und soziale Gründe zurückgehen.

Der Fleiß und die akademische Akribie des Buches haben allgemein Beachtung verdient (vgl. z. B. *The Times*, 8. 10. 70; *Observer*, 11. 10. 70; *Neue Zürcher Zeitung*, 20. 11. 70; *Der Spiegel*, 15. 2. 71; *Die Welt*, 31. 12. 70). Die indische Empörung über das Buch ist verständlich; doch die Kritik an Maxwell von G. W. (Giselher Wirsing?) in der *Suttgarter Zeitschrift „Indo-Asia“* (Heft 1, Feb. 71, S. 95) scheint nicht sachlich. G. W. behauptet vor allen Dingen, daß Maxwell Nehrus Vorschlag über einen Truppenabzug beider Seiten im Westsektor nicht erwähnt und macht ihm ferner den Vorwurf: „Er setzt das unbewohnte Westgebiet der Himalajagrenze mit dem bevölkerten Ostgebiet gleich, ohne zu sehen, daß die Inder in beiden Gebieten wesentlich verschiedene Ziele haben müßten.“ Tatsächlich hat der Verfasser Nehrus Gegenvorschlag zu Chou En-lais Vorschlag über einen Rückzug der Truppen beider Seiten ausführlich behandelt (S. 138 ff.; vgl. auch S. 430 f.). Da die Chinesen wie gesagt ihre Konzessionsbereitschaft im Ostsektor stets zeigten, scheiterte die friedliche Lösung des Grenzproblems hauptsächlich an dem Beharren Indiens auf seinem Anspruch auf das „unbewohnte Westgebiet“. G. W. hat offenbar nicht verstanden, daß Indien eben gleiche Ziele im Ost- und Westsektor hat, diese jedoch mit verschiedener Logik zu begründen versucht, und übersieht die Bedeutung des „unbewohnten Westgebiets“ für China wegen der Verbindungsstraße zwischen Sinkiang und Tibet.

Überdies schließt sich G. W. der Ansicht des Direktors des „Indian Institute of Defence Studies and Analyses“, K. Subramanyam, an, „daß es Verhandlungen im eigentlichen Sinne (zwischen Indien und China) nie gegeben hat und daß Maxwell den Unterschied zwischen ‚Gesprächen‘ und ‚Verhandlungen‘ nicht kennt“. Sowohl Subramanyam als auch G. W. haben sicherlich für ihre Rezensionen das Buch von Maxwell nicht Seite für Seite durchgelesen, denn der Verfasser hat die beiden Termini ganz sauber unterschieden, und zwar an wichtigen Stellen sogar mit Anführungszeichen (S. 149, 218, 249 u. a.). Den Nachdruck kann man schon im Index des Buches unter den Schlagwörtern „talks“–not „negotiations“ oder „Nehru, on negotiations/talks“ finden.

Y. H. Nieh

RAINER GEROLD

Die Sicherung des Friedens durch die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS)

Schriften zum Völkerrecht, Heft 14

Duncker und Humblot

Berlin 1971, 204 S., DM 44,60

Es ist zu begrüßen, daß auch im deutschen Sprachraum die lange vernachlässigten Probleme der interamerikanischen Beziehungen langsam mehr Beachtung und Bearbeitung finden (vgl. die erste deutsche Gesamtdarstellung der OAS durch G. Kutzner, 1970, besprochen in dieser Zeitschrift 1971, S. 121). Gerold untersucht einen Teilaspekt aus dem vielgestaltigen Tätigkeitsfeld der OAS, der Beteiligte wie Beobachter stets in besonderer Weise beschäftigt: die Friedenssicherung.

Nach einem kurzen historischen Rückblick packt er das Thema in sinnvoller Systematik unter sechs Gesichtspunkten an: 1. friedliche Beilegung von Streitigkeiten, 2. Selbstverteidigungsrecht, 3. kollektive Sicherheit, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit, 4. Friedenssicherung bei Bürgerkriegen, 5. Friedenserhaltende Aktionen, 6. Abrüstung, Atomwaffensperrverträge.